

Widerstand gegen Sparpaket im Herbst organisieren

Über 42.000 TeilnehmerInnen protestierten am 12. Juni in Stuttgart und Berlin gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, insbesondere auf die Erwerbslosen und die Familien. Dies war ein erster Schritt im Protest gegen die aktuellen unsozialen Kürzungsvorhaben der Bundesregierung. Die Demos waren ein großer Erfolg des bundesweiten Antikrisenbündnisses. Sie kamen genau zum richtigen Zeitpunkt nach der Bekanntgabe des Sparpakets durch die Merkel-Regierung. Es war auch ein Erfolg, dass DGB-Gewerkschaften und gewerkschaftliche Gliederungen zu den Demos mit aufgerufen haben.

In **Stuttgart** war es erstmalig gelungen, die Antikrisenproteste mit dem Widerstand gegen Stuttgart 21 zu verbinden. Seit vielen Monaten gibt es im Stuttgart einen sehr breiten Protest gegen dieses unsinnige Projekt. Dieser Protest war über die gesamte Demo sichtbar und hörbar und hat zu einer kämpferischen Stimmung mit beigetragen. Auf große Kritik stieß in Stuttgart, dass auf der Abschlusskundgebung Vertreter der Agenda 2010-Politik, Hartz IV-, Rente 67- und Stuttgart 21-Befürworter von SPD und Grünen sprechen konnten, was auch entsprechend mit Pfiffen, Sprechchören u.ä. quittiert wurde. Die Sprechchöre; „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Wer war mit dabei? Die grüne Partei!“, „Hartz IV, das wart Ihr“, SPD und Grüne, runter von der Bühne!“ haben die Stimmung der Mehrheit der KundgebungsteilnehmerInnen zum Ausdruck gebracht. Ebenso wurde kritisiert, dass dem Krisenprotestbündnis z. T. die Organisation aus den Händen genommen wurde.

In **Berlin** hat die Polizei Teile der Demonstration über weite Teile behelmt und mit abgedeckten Einsatznummern begleitet. Die Abschlusskundgebung musste mehrfach unterbrochen werden, weil die Polizei mit Eingreiftruppen in die Menge gegangen ist, um Festnahmen zu tätigen. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. CDU und FDP versuchten, mit einer Kampagne gegen vermeintliche Gewalttäter von ihrer unsozialen Politik abzulenken, das Krisenprotestbündnis zu spalten, die Anliegen der Demonstration zu delegitimieren und zu kriminalisieren.



Demonstration in Stuttgart am 12. Juli 2010

Proteste im Herbst vorbereiten

Wichtig ist, die Proteste im Herbst weiterzuführen, zu verstärken und weitere Organisationen und Protestierende einzubeziehen. Es gibt bereits erste Planungen. Am **29. September** gibt es einen **europäischen Aktionstag**, um den herum auch dezentrale Aktionen organisiert werden sollen. Die DGB-Gewerkschaften organisieren zwischen dem **24. Oktober** und dem **13. November Herbstaktionen**, auch betriebliche Aktionen. Am **13. November** sollen dann in verschiedenen Städten **Demonstrationen** stattfinden. Bei der Verabschiedung des Haushalts soll es zu einer „**Blockadeaktion des Sparpakets**“ der Krisenprotestbewegung in Berlin kommen.

Nachhaltiger Protest und breite Bündnisse

Zentraler Punkt der Herbstaktionen wird sein, dass es gelingt, einen **nachhaltigen Protest** zu organisieren, der nicht eher aufhört, bis wesentliche Teile des Sparpakets zu Fall gebracht worden sind. Werden es wieder „Dampfblasaktionen“ mit anschließendem monatelangem Stillhalten wird dies den Gewerkschaften weitere Glaubwürdigkeit nehmen. Danach dürfte es schwierig werden, die abhängig Beschäftigten wieder zu mobilisieren.

Ebenso wichtig ist, dass es zu einem **breiten gesellschaftlichen Bündnis** gegen das Sparpaket kommt und auch die Gewerkschaften aktive und gleichberechtigte Bündnispolitik betreiben und keine Alleingänge veranstalten. So heißt es in der Entschliessung 1 des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall 2007 u.a.: „...strategische Allianzen mit gesellschaftlichen Organisationen, Bewegungen und Initiativen für neue gesellschaftliche Mehrheiten zu bilden“. Genau solche Allianzen brauchen wir gegen das Sparpaket der Bundesregierung, um es zu Fall bringen zu können.

Die **Krisenbündnisbewegung** hat in den letzten 1 ¼ Jahren immer wieder Akzente gesetzt. Sie hat die ersten großen Demos in der Krise gegen die Abwälzung der Krisenlasten im März 2009 in Berlin und Frankfurt organisiert wie auch den ersten Protest gegen das Sparpaket der Bundesregierung. Eine gute **Vernetzung der Proteste** im Herbst, gemeinsame Absprachen und Mobilisierungen sind Voraussetzungen für erfolgreichen Widerstand.

Gestalten wir gemeinsam einen aktionsreichen „heißen“ Herbst: Weg mit dem Sparpaket! Gemeinsam vom Protest zum nachhaltigen Widerstand eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses!

Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinker

Zunehmende Kritik an dem gemeinsamen Gesetzesvorstoß von DGB und BDA zur Einschränkung des Streikrechts

In einem bemerkenswerten Artikel von Detlef Hensche unter dem Titel: „Gesetzliche Tarifeinheit -vom Versuch, Tarifautonomie und Streikrecht zu halbieren“ (in NRhZ-online -Neue Rheinische Zeitung-online-Flyer Nr.258 vom 14.07.10, siehe auch im Labournet) werden viele Argumente für und wider des Gesetzesvorstoßes gegeneinander abgewogen. Im Endergebnis lehnt Detlef Hensche den Gesetzesvorstoß klar und eindeutig ab. Es lohnt sich seine Bemerkungen zu lesen. Wenige seien hier schon mal zitiert.

Tarifpolitik der Gewerkschaften – Ursache für Spartengewerkschaften?

Interessant ist die in seinem Papier vielfach vorhandene indirekte Kritik an der Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften, an die Mitverantwortung letztgenannter, dass es überhaupt zur vermehrten Bildung von Spartengewerkschaften in den letzten Jahren gekommen ist und an SPD und die Linken, die unisono mit den anderen Parteien des bürgerlichen Lagers die Gesetzesinitiative unterstützen.

So schreibt er u.a.:

„Nein nicht die eigentliche Krise des Tarifsystems, dem Unterlaufen tarifvertraglicher Normen gilt die Sorge der Einheitsallianz (DGB/BDA-Gesetzes-Initiative, der Autor), sondern dem umgekehrten Phänomen, der wechselseitigen Überbietung. Stein des Anstoßes sind die bekannten Konflikte mit einigen Berufsverbänden, mit denen sich Bahn-, Flugverkehrs- und Krankenhaus-Arbeitgeber konfrontiert sehen und die sie (die DGB-Gewerkschaften, der Autor) zum Teil mit bemerkenswerter Torheit selber provoziert haben.“

„Und natürlich ist es für die DGB-Gewerkschaften ärgerlich, von konfliktbereiten und streikfähigen Funktionseliten, die andere, weniger durchsetzungsstarke Beschäftigtengruppen nicht mitnehmen müssen, vorgeführt zu werden.“

Und: *„Dass es dazu kam (die Bildung von Sparten-gewerkschaften, der Autor) hat nicht zuletzt hausgemachte Ursachen. Mitunter lassen große Branchengewerkschaften die notwendige Sensibilität gegenüber den spezifischen Problemen einzelner Berufe vermissen oder pflegen gar eine Kultur vermeintlicher Kernmitgliedschaften; es gibt auch Abgrenzungstorheiten nach oben.“* Weiter: *„Ein Modell, dem die organisations- und tarifpolitischen Grundlagen abhanden gekommen sind, lässt sich durch ein obrigkeitliches Kontroll- und Ausschlussregime nicht aufrechterhalten. Zwischengewerkschaftliche Konflikte sind allein gewerkschaftspolitisch zu lösen. Dritte, erst recht Arbeitgeber oder Staat, sind in diesem Konflikt die schlechtesten Verbündeten; sie desavouieren die eigene Position.“* Es darf nicht sein, dass der DGB zusammen mit dem Klassengegner versucht, auf gesetzgeberischem Weg Tarif- und Streikrechtsfragen zu „lösen“.

Gefahr von unberechenbaren Streiks?

„Bleibt die Sorge vor angeblich unberechenbarer Streikhäufigkeit. Damit sind wir beim harten Kern, dem eigentlichen Ziel der Initiative angelangt. Das Streikverbot wäre neu: die bisherige Rechtssprechung zur Tarifeinheit kannte keine Ausdehnung der Friedenspflicht auf andere Gewerkschaften. Dass Gewerkschaften, SPD und „Die Linke“ sich in dieser Frage dem Arbeitgeberinteresse unterordnen, ist schwer verständlich. In der Sache mutet die Debatte über die Inflationierung von Streiks in einer Streik entwöhnten, um nicht zu sagen: gehoramsstarrten Gesellschaft skurril an. Als ob dieses Land vor sozialer Unruhe geschützt werden müsste!“

Ursachen der gemeinsamen Gesetzesinitiative

Die letzten Sätze dieses zum Schluss zitierten Absatzes von Kollegen Hensche macht eine Schwäche in seiner sonst eindeutigen Argumentation deutlich: er scheut davor zurück, die Ursachen, warum es überhaupt zu der verheerende gemeinsame Gesetzesinitiative von DGB/BDA hat kommen können, zu nennen.

Denn, ja, tatsächlich geht es Teilen der Gewerkschaftsführungen darum, dieses Land vor „sozialer Unruhe“ zu schützen. Wie es so schön im gemeinsamen Papier von DGB/BDA heißt, stellen diese eine angebliche „...Verantwortungspartnerschaft der Tarifpartner“ fest. Diese erfordere es, *„die Gesamtheit der Wirtschafts- und Gesellschaftsbedingungen der Betriebe zu berücksichtigen.“* Im Klartext: es geht dem DGB und BDA darum, dem „Standort Deutschland“ im internationalen Wettbewerb möglichst ungestört von Streiks, bessere Kapitalverwertungsbedingungen zu bieten!

Bezirksfachbereichskonferenz FB 5 ver.di Stuttgart 20. 07. 2010

Antrag: Der ver.di Bundesvorstand wird aufgefordert auf beim DGB darauf hinzuwirken, dass sämtliche Bestrebungen unterlassen werden, zusammen mit der Kapitaleseite (BDA) das Streikrecht noch weiter auszuhöhlen.

Begründung: Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist Deutschland in Sachen Streikrecht wesentlich schlechter gestellt. Schon deshalb darf dieses Grundrecht nicht noch weiter eingeschränkt werden.

Mehrheitlich beschlossen

Stellungnahmen von gewerkschaftlichen Gliederungen notwendig

Dass diese Politik des DGBs abzulehnen ist, ist auch in Teilen von ver.di verstanden worden. Die sehr erfreuliche, einstimmig verabschiedete „Resolution der Fachgruppe Verlage, Druck und Papier zur gemeinsamen Initiative von DGB und BDA zur gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit“ von 2 Juli 2010 (siehe auch Labournet) zeugt hiervon.

Solche und ähnliche Stellungnahmen sind weiterhin nötig! Es muss versucht werden, innerhalb der DGB-Gewerkschaften soviel Druck aufzubauen, dass sie von ihrem Ansinnen, das Streikrecht „zu kastrieren“ selber Abstand nehmen!

Wir fordern alle kritischen GewerkschafterInnen dazu auf, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Christiaan Boissevain, IG Metall - Vertrauensmann, Sekretariat der Gewerkschaftslinken und Münchner Gewerkschaftslinken

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/tarifeinheit.html
www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/dgbbda.html
www.labournet.de/express

60 Jahre IGM Baden-Württemberg

Der IG Metall-Bezirk Baden-Württemberg feierte seinen 60. Geburtstag. Der Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, die 1933 von den Nationalsozialisten zerstört wurden, begann aber schon sehr bald nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus. Die ersten Rückkehrer aus Zuchthäusern und KZs taten sich zusammen mit den Kollegen im Land und gründeten örtliche Verbände; denn die Besatzungsmächte erlaubten anfangs nur kleine Schritte, weil sie den Wiederaufbau kontrollieren wollten. Es dauerte bis 1949, als endlich die seither geltende Organisationsform akzeptiert war.

Aber es gab schon sehr früh wichtige Kämpfe. Denn es herrschte Hunger und Kälte, und der nazistische Lohnstopp galt bis 1948. Massen von Arbeitern wurden entlassen, weil die Rüstungsaufträge weggefallen waren und weil Rohstoffe und Energie fehlten. Auf dem Schwarzmarkt gab es alles, während die Rationierungskarten öfters nicht bedient werden konnten. Ganze Anlagen und Fabriken, besonders in der rüstungsnahen Metallindustrie wurden von den vier Besatzungsmächten demonstriert, weil man angeblich den Militarismus ausrotten wollte. Die großen Arbeiterparteien SPD und KPD arbeiteten mit allen Besatzungsmächten und mit den bürgerlichen Parteien zusammen. KPD-Mitglieder waren Minister, meist für Arbeit und Soziales in den von den Alliierten beaufsichtigten Regionalregierungen. Wenn es jedoch darum ging, die alltäglichen Lebensinteressen der Werktätigen zu vertreten, mussten die klassenbewussten örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte mit den Behörden in Konflikt geraten. Daher gab es von Anfang an harte Auseinandersetzungen, Demonstrationen, Streiks, auch politische Streiks – man fragte nicht, ob politische Streiks erlaubt seien. Und überhaupt: Demokratische Rechte bekommt man nicht von den Herrschenden, die nimmt man sich.

Die schnell wachsende Stuttgarter Ortsverwaltung wurde von erfahrenen sozialistischen Kollegen geführt, die anfangs in ihrer Zeitung Grundfragen des Klassenkampfes erörtern. Im Oktober 1946 wurde wegen der katastrophalen Versorgungslage gestreikt. Im März 1947 streikten die Feuerbacher Boschler, weil die Betriebsleitung Zulagen für Lebensmittel nur ausgeben wollte, wenn man trotz Hunger und Schwäche 48 Stunden arbeitete. Tausende in vielen Betrieben streikten wegen Kürzung der Lebensmittelrationen im März und im Mai 1947. Gegen den Willen der Führungen kam es am 3. Februar 1948 zu einem 24-stündigen Generalstreik in Württemberg-Baden, der den Lohnstopp durchlöcherte und zur Erhöhung der Fettrationen führte.

Nach der Währungsreform (20. Juni 1948) hörte die Wut der Arbeiter nicht auf, im Gegenteil. Als plötzlich wieder die Schaufenster voll waren, wurde die Verlogenheit der bürgerlichen Politik noch deutlicher. Daher war am 28. Oktober in Stuttgart ein weiterer Streik und eine Massendemonstration von ca. 100.000 und am 24. November ein 24-stündiger Generalstreik. Am 28. Oktober kam es zu harten Angriffen der Polizei auf der Hauptgeschäftsstraße Stuttgarts.

Nach der Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 kam es wegen der Mitbestimmung (Betriebsverfassungsgesetz) zu einem bundesweiten politischen Streik. Es kam zu Streiks wegen Betriebsverlagerungen, Arbeitszeitverkürzung, Lohnforderungen, der Steinkühlerpause – 5 Minuten Erholung für die Fließbandarbeiter. Die württembergischen MetallerrInnen wurden zum „Pilotbezirk“, weil sie gut organisiert und kampfbereit waren und weil sie klassenbewusste FunktionärInnen hatten.

Aber allmählich konsolidierte sich der deutsche Kapitalismus; der Kalte Krieg verschärfte sich. Die KPD-

Minister waren aus allen Regierungen hinausgeworfen, der Antikommunismus dominierte auch in den Gewerkschaften. KPD-Mitglieder konnten nicht mehr Funktionäre bleiben, während die „Arbeitnehmersvertreter“ der CDU in allen Gewerkschaftsgremien Delegierte hatten, auch wenn niemand sie demokratisch gewählt hatte. Der DGB-Vorsitzende Hans Böckler suchte und fand den Konsensus mit der Adenauer-Regierung. Allmählich fanden die Gewerkschaftsführungen ihre „Verantwortung“; man akzeptierte die Remilitarisierung und lernte Bescheidenheit in den Lohnforderungen. Das wurde noch intensiviert, als SPD und CDU, dann SPD und FDP die Regierung in Bonn übernahmen. Mit „Rot-Grün“ kam dann die „Idee“ des Kollegen Zwickel, mit den Unternehmern ein „Bündnis für Ausbildung, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit“ zu schließen. Man akzeptierte die neue Sklaverei der Leiharbeit, die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes“, Hartz IV. Nach der „atmenden Fabrik“, in der die Risiken der „Unternehmer“ auf die Beschäftigten abgeladen werden, akzeptierte man die „atmenden Tarifverträge“ mit all ihren rücksichtsvollen Verzichtregelungen, mit ihrer Durchlöcherung des Flächentarifs.



Der Verzicht unserer Führungen mit wenigen Ausnahmen auf den Klassenkampf, der die existenzielle Aufgabe unserer Gewerkschaften ist, hat natürlich schwere Rückwirkungen auf unsere wichtigsten demokratischen Organisationen. Die Mitglieder werden kaum noch gefragt, was sie wollen und ob sie die Abschlüsse akzeptieren. Manche Funktionäre freuen sich, wenn die andere Seite sie lobt. Kein Wunder dann: Wir verlieren Mitglieder, keinesfalls nur wegen Alter und Erwerbslosigkeit; viele weniger klassenbewusste KollegInnen spüren den Wandel und ziehen eine falsche Konsequenz, die aber wegen der Entdemokratisierung verständlich ist. Wenn wir die Gewerkschaften erhalten und unsere Errungenschaften aus über 100 Jahren Klassenkampf verteidigen wollen, müssen wir zu unseren besten Traditionen zurückkehren: Solidarität und der gemeinsame Kampf hier und mit unseren kämpfenden KollegInnen in Frankreich, Griechenland, Tschechien, in ganz Europa und darüber hinaus.

Theodor Bergmann, Professor, Buchautor, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Abfuhr für Metro

Die Metro Großhandelskette möchte 4 Märkte schließen. Die Beschäftigten wehren sich dagegen. So fanden am 22. Juli zeitgleich in allen 61 Filialen der Metro-Kette Cash & Carry Betriebsversammlungen von tausenden Beschäftigten statt. In den 4 von der Schließung betroffenen Märkten (Berlin Marzahn und Pankow, Halle, Rostock) blieben die Türen für mehrere Stunden ganz geschlossen. Der BR-Vorsitzende von Pankow, Michael Koschmieder, lobte die Aktion als einmaliges Beispiel gelebter Solidarität. Hintergrund der Schließungen ist: Das Ziel der neuen Geschäftspolitik ist, den Gewinn nicht mehr über Umsatzsteigerungen zu erhöhen, sondern die Kosten zu drücken. Allein bei Cash & Carry soll der Ertrag bis Ende 2012 **verfünffacht** werden, von aktuell 30 auf 150 Mio €. Das sei nur über massiven Personalabbau möglich.

Weitere Infos in der Jungen Welt vom 23. Juli 2010 (www.jungewelt.de)

BAG kippt Kündigung von Emmely

Emmely hat ihren Gerichtsprozess in letzter Instanz vor dem Bundesarbeitsgericht gewonnen. Die 53jährige war nach 31 jähriger Betriebszugehörigkeit wegen angeblicher Unterschlagung von zwei Leergutbons im Wert von 1,30 € im Februar 2008 fristlos gekündigt worden. Sie musste durch alle Instanzen, um Recht zu bekommen. Jetzt arbeitet sie wieder in einer Berliner Kaiser's Filiale. Dieser bundesweit bekannt gewordene Fall ist nur die Spitze des Eisberges von Bagatellkündigungen, die sich in den letzten Jahren wachsender Beliebtheit erfreuten, um „missliebige“ oder „überzählige“ Beschäftigte los zu werden.

In der Öffentlichkeit stoßen diese Kündigungen auf Unverständnis, auch weil die Maßlosigkeit derart existenzbedrohender Sanktionen in keinem Verhältnis zum Umgang mit Topmanagern, die Milliarden verzockten oder Steuerhinterziehern, die im Falle einer Selbstanzeige prinzipiell straffrei ausgehen, stehen.

Das Urteil ist für Emmely ein toller Erfolg und setzt Unternehmerwillkür gewisse Grenzen. Emmely's Botschaft an alle abhängig Beschäftigten lautet: „**Es lohnt sich zu kämpfen.**“

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/branchen/dienstleistung/eh/kaisers.html

Beschäftigte der Mercedes Benz Bank wehren sich

Erstmalig in der Geschichte der Daimler Financial Services AG (DFS) gehen die Beschäftigten auf die Straße und kämpfen um ihre Arbeitsplätze an den Standorten. Nach den Plänen des DFS-Vorstandes sollen von den 2400 Beschäftigten etwa 1300 im gesamten Bundesgebiet verschoben werden. Etwa 250 Arbeitsplätze sollen ganz wegfallen. Insgesamt 8 Standorte sollen geschlossen werden.

Der Frauenanteil in der Belegschaft beträgt 54 %. Am schlimmsten würde es die Frauen treffen, insbesondere alleinerziehende Mütter, die ihr soziales Netzwerk am seitherigen Standort zur Betreuung ihrer Kinder benötigen. Doch die Beschäftigten wehren sich hartnäckig. Anfang Juni starteten die „BankerInnen“ ihre erste Aktion. Mit einem „lunch walk“ ging es rund um den Potsdamer Platz in Berlin. Seitdem findet jeden Mittwoch ein „lunch walk“ statt. Mit Tröten, Trillerpfeifen, IG Metall-Käppi, Fahnen, bedruckten T-Shirts, Transparenten und Schildern demonstrieren die „BankerInnen“ selbstbewusst für ihre Forderungen: Keine Schließung von Standorten, Erhalt aller Arbeitsplätze, keine betriebsbedingten Kündigungen, keine Verlagerungen, keine tariffreien Gesellschaften, kein Lohndumping.

Eine neue Beschäftigtengruppe hat die Stärke des gemeinsamen Handelns und der Solidarität entdeckt.

Buchtip:

„Kapitaloffensive in der Krise. Herausforderung für die Gewerkschaften“

Eine Broschüre von Ekkehard Lieberams über Kapitalismus und Gewerkschaften heute
Pad-Verlag, Bergkamen 2010, 56 Seiten, 5 €
Bezug über Verlag: pad-verlag@gmx.net

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 1. August 2010

Jahreskonferenz der Gewerkschaftslinken im September

Krisenpolitik der Gewerkschaften:

Kapitulieren oder gemeinsam kämpfen?

Schluss mit den Zugeständnissen ans Kapital!

Wir wollen auf unserer Jahreskonferenz am Freitagabend eine Bestandsaufnahme machen zur **Krisenpolitik der Gewerkschaften und zur aktuellen politischen Situation** – wo stehen wir, wo muss es hingehen.

Am Samstag beginnen wir mit einer **Podiumsdiskussion über betriebliche Kämpfe in Krisenzeiten – Erfolge, Misserfolge, neue Wege** – wie streiten wir am erfolgreichsten für unsere Zukunft. Vertreter aus Betrieben werden über ihre Erfahrungen aus betrieblichen Kämpfen berichten.

Am Samstagnachmittag werden wir uns nach kurzen Einführungsreferaten in **Workshops** mit folgenden Themen beschäftigen:

- Wie wehren wir uns gegen die **Sparpakete** von Kapital und Kabinett?
- Gewerkschaftliche **Tarifpolitik** – welche Signale müssen wir setzen?
- **Organizing** – ein Weg aus der gewerkschaftlichen Defensive?
- **Innergewerkschaftliche Demokratie** – was hat sich verändert, wie können wir Einfluss nehmen?

Termin: Freitag, 24. September 2010 um 18.00 Uhr

Samstag, 25. September 2010 von 9.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicherstraße 20

Weitere Infos im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke